ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gemper, Bodo

Working Paper

Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2008-02

Provided in Cooperation with:
OrdnungsPolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Gemper, Bodo (2008) : Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2008-02, OrdnungsPolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/55428

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

OPO

Ordnungspolitische Diskurse
Discourses in Social Market Economy

Prof. em. Dr. Dr. Bodo Gemper

Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft:
Charakter zeigen im Aufbruch

Diskurs 2008 – 2

Prof. em. Dr. Dr. Bodo Gemper

Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch

Zusammenfassung:

Nach dem 2. Weltkrieg wurde Deutschland unter den Siegermächten aufgeteilt und lag wirtschaftlich am Boden. Während sich die Sowjetzone von den drei anderen Siegermächten abspaltete und eine Zentralverwaltungswirtschaft einführte, begannen die westlichen Besatzungszonen mit der schweren Aufgabe des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbaus unter marktwirtschaftlichem Vorzeichen.

Die einzigartige Chance, einen Staat von den Wurzeln an mit neuen ordnungspolitischen Ideen sowie gesellschaftlichen Leitsätzen zu errichten, wurde erfolgreich umgesetzt.

Eine bedeutende Rolle spielten dabei zum einen Konrad Adenauer und das katholische Rheinland, welche die Richtung zu dem Rechts- und Sozialstaat vorgaben sowie Ludwig Erhard, der seine Vorstellungen von Ordnungspolitik umsetzte. Dadurch entstand die Soziale Marktwirtschaft, eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für Deutschland.

Keywords: **Neues gesellschaftliches Leitbild, Soziale Marktwirtschaft, Sozialpolitik, ordnungspolitische Ideen**

Gemper, Bodo – Prof. em. Dr. Dr.
(Universität Siegen)
Luisenstr. 11
57250 Netphen
bodo@gemper.de

Prof. em. Dr. Dr. Bodo Gemper

Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch

1. Stabile Tradition

1.1 Kulturen am Rhein

Die Menschen entlang des Rheins haben durch symbiotische Vielfalt Gestaltungskraft entwickelt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg fanden sich Menschen ein, die *sich mit Mut den Herausforderungen stellten*, um *das Leben zu ordnen*, es wieder in zivilisierte Bahnen zu lenken und einen Weg in eine *hoffnungsvolle friedliche Zukunft* zu ebnen.

Bereits nach der Zeitenwende trafen im Rheinland Völker aufeinander, wie *Germanen, Kelten*, *Römer* und *Ubier*, die ihre Kulturen einbrachten und die Bewohner einander vertraut machte. Sie assimilierten sich und wuchsen zu einer *ethnisch kreativen Einheit zusammen***.**

Neue kulturelle Leistungen und politische Strukturen entstanden, zunächst auf der politischen Macht des *Imperiums Romanum* basierend. Das *oppidum Ubiorum,* das zur *Colonia Claudia Ara Agrippinensium* avancierte, wurde zur Hauptstadt der römischen *Provinz Germania inferior* und bald zum Kristallisationspunkt *christlich-abendländischer Kultur, - Köln*: Der Dom zu *Köln* ist ein wahrhaft aufstrebendes, die Lebensäußerungen übergreifendes Symbol deutscher Hochkultur. Allein sein Anblick flößt Ehrfurcht ein als Stätte der Andacht und des Gottesdienstes.

Papst Urban VI. verlieh dem Rat der freien Stadt Köln am 21. Mai 1388 das Recht zur Gründung einer Universität. Die „Kölner Universität (war) nicht nur die erste, die im damaligen Reich von einer Bürgerschaft ins Leben gerufen wurde, sondern sie entsprach zugleich mit ihrem umfassenden Lehrangebot dem Bild, das die schon älteren west- und südeuropäischen Universitäten boten“ (Meuthen 1998). Diese Universität hatte „ihre Blütezeit im 15. Jahrhundert ... unter Führung der Theologen“ (Meincke 1998). *Konrad Adenauer*, Oberbürgermeister der Stadt Köln, öffnete die Universität, die unter napoleonischer Besatzung geschlossen worden war, 1919 wieder und verlieh der „Universitatis studii sanctae civitatis coloniensis“, eine „europäische Brückenfunktion, im besonderen zwischen Deutschland und Frankreich“ (Meuthen 1998).

Unter Preußens Hoheit wurde die Rheinprovinz industrialisiert und verkehrstechnisch erschlossen. In Köln wurde von *N.A. Otto* der nach ihm benannte 1976 patentierte Motor erfunden, setzte von Köln aus die Eisenbahn Ende des 19. Jahrhunderts ihre ersten D-Zug-Wagen ein. Diese Modernität wurde in das noch ländliche Preußen übertragen. Kein Geringerer als Konrad Adenauer war 1918 als Vertreter der preußischen Rheinprovinz in das preußische Herrenhaus berufen und 1921 bis 1933 sogar zum Präsidenten des Preußischen Staatsrates gewählt worden.

1.2 Ein kreativer Menschenschlag

Die Menschen entlang des Rheins haben diese Gestaltungskraft durch symbiotische Vielfalt weiterentwickelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg ragen drei Namen besonders heraus: *Konrad Adenauer, Joseph Kardinal Frings* und *Ludwig Erhard*.

- Was lehrt ein Blick in die erfolgreiche „Ära Adenauer-Erhard“ (Hellwig 1997), um von den „Gründungs-Vätern unserer heutigen Bundesrepublik Deutschland“ (Hellwig 1997), mithin *aus dem Vergangenen für die Zukunft zu lernen?*

2. Konstruktive Initiativen: Durchsetzungsfähigkeit

Leitthese: Ohne Adenauer und das katholische Rheinland hätte sich Westdeutschland niemals zu dem bewunderten Rechts- und Sozialstaat entwickeln, ja selbst Erhard nicht der Vater des deutschen Wirtschaftswunders werden können. Zur Neugestaltung Deutschlands nach der NS-Diktatur haben diese Persönlichkeiten entscheidend beigetragen, zielstrebig eine nachhaltig stabile freiheitlich-demokratische Grundordnung aufzubauen.

Vom *Rheinland*, insbesondere *Königswinter, Köln* und *Walberberg,* gingen *wegweisende* Signale *katholischer Soziallehre* aus. Bereits in der Endphase des Zweiten Weltkrieges wurden neue *ordnungspolitische Ideen* für den Wiederaufbau eines Deutschlands vorgestellt, in dem Bestreben, „friedenswirtschaftliche Ziele wieder zum Anlauf zu bringen“ (Erhard 1944). Und es wurden *personelle* Weichen gestellt, die einen Neubeginn gestalteten, der nicht nur das Schicksal Westdeutschlands als freiheitliche Gesellschaft und ihre Orientierung an den Grundsätzen *christlich-abendländischer Kultur* bestimmen, sondern auch das Modell für ein wiedervereintes Deutschlands prägen sollte. Denn sie hatten nicht nur die *Chance für einen Neubeginn* erkannt, sondern sogar einen Neubeginn mit einem Konzept gewagt, das *gegen den Zeitgeist* anging:

So verstand es *Adenauer*, sich geschickt der Vorwürfe eines Delegierten, des Kölner Gewerkschaftlers *Johannes Albers*, zu erwehren, der in *Erhard* „einen verkappten Liberalen, einen Fremdkörper im Gefüge der Union“ vermutete, „dem es lediglich darum gehe, das *Ahlener Programm*“ (Koerfer 1987) auszuhebeln. Auch verhinderte *Adenauer* eine Grundsatzdebatte - mit zudem ungewissem Ausgang -, und er „verkündete außerdem, den Text von Erhards Vortrag (den dieser gerade gehalten hatte, B.G.) für den Wahlkampf drucken lassen zu wollen“ (Koerfer 1987). Selbst *Adenauer* musste sich politisch noch etablieren, rangierte er doch noch „in der öffentlichen Popularität weit hinter *Kurt Schumacher* und *Ernst Reuter*“ (Morsey 1972), zwei führenden Sozialdemokraten. „In dieser Situation musste Adenauer – um das Widerstandpotential gegen sich nicht zu stark werden zu lassen – Zugeständnisse machen, und sich geschickt verhalten: er zitierte in Reden während des Frühjahrs (1946 B.G.) sogar aus der ersten Fassung der (von der CDU in *Walberberg* gefassten ersten, B.G**.)** Kölner Leitsätze und veranlasste die Gründung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses der rheinischen CDU, der den christlichen Sozialisten als Ventil dienen sollte“ (Noethen 1994).

2.1 Königswinter

Die Entscheidung für *Erhard* hatte *Adenauer* auf der „Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone am 24. und 25. Februar 1949 in Königswinter“ (Koerfer 1987) herbeigeführt. Das war auf dem „Höhe- und Schlusspunkt der Adenauerschen Werbung um Erhard“ (Koerfer 1987), keineswegs eine ausgemachte Sache, waren doch CDU/CSU verunsichert: „Die von der SPD im Wirtschaftsrat am 17. August und 10. November 1949 gegen Erhard eingebrachten Misstrauensanträge“ waren zwar abgelehnt worden, „aber es war doch ganz unübersehbar, dass sich auch in der Union die Gegner des neuen Kurses regten“ (Koerfer 1987). Darunter waren gewichtige Spitzenpolitiker aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern (Koerfer 1987): „Da war die Rückendeckung, die Erhard durch Adenauer erhielt, von hohem Wert“ (Koerfer 1987).

Welch zentrale Rolle Erhard im Kalkül *Adenauer*s spielte, bezeugt, dass er *Erhard* 1948 wohl kalkulierend den nötigen Raum eröffnete, seine Idee der *Sozialen Marktwirtschaft* vorzustellen, dabei das Misstrauen des sich früh formierenden Arbeitnehmerflügels der CDU zu neutralisieren und die Öffentlichkeit für eine freiheitliche Ordnung einzustimmen. *Konrad Adenauer,* führender Kopf der CDU, dürfte sich als arri-

vierter Kommunalpolitiker (Oberbürgermeister von Köln) und Parlamentarier (Präsident des preußischen Staatsrates), angesichts der Mangelwirtschaft und notwendiger „Regeneration Deutschlands“ (Allemann 1956) bewusst gewesen sein: Um auch auf nationaler Ebene erfolgreich zu sein, musste er - ein Jurist - sich auch fundierten ökonomischen Sachverstandes versichern. *Erhard* war eine ordnungspolitisch denkende und erfahrene Persönlichkeit, die zudem bereits dabei war, ihre Vorstellungen seit Vollzug der Währungsreform mit Tolerierung der Westalliierten Erfolg versprechend umzusetzen, - hing doch „die staatliche Regeneration Westdeutschlands mindestens im selben Maße wie die seines Wirtschaftslebens und seiner vom Zerfall bedrohten Gesellschaftsstruktur am Erfolg oder Misserfolg einer einzelnen Maßnahme: der Währungsreform“ (Allemann 1956: 53).

*Erhard*s geniales Meisterstück, den Motor der Marktwirtschaft pari passu mit der Währungsreform der Westalliierten bereits am 20./21 Juni 1948 im *vorkonstitutionellen* Raume angeworfen und das Räderwerk der *Sozialen Marktwirtschaft* durch Eigenmächtigkeit und sogar Kompetenzüberschreitung in Gang gesetzt zu haben (Gemper 1998), war *bahnbrechend* und *Adenauer* nicht verborgen geblieben. Dieses Gedankengut, einen „sozialwirtschaftlich gerechten“ Ausgleich (Erhard 1943/44) im Volke *marktwirtschaftlich* anzustreben, beeinflusse die Programmatik nicht nur der CDU, sondern auch der Christlich Sozialen Union, - ging es doch in Königswinter „im Februar 1949 ... gerade darum, ein Wahlprogramm von CDU und CSU zu entwickeln“ (Koerfer 1987).

2.2 Inkulturation einer neuen Wirtschaftsordnung

Während das Weltbild *Karl Marx´* verblasste, schob *Adenauer* die Ideen vom Glauben an einen „gemäßigten Sozialismus“ (Welty 1946a) beiseite und bot *Erhard* die Chance, sein *neues Leitbild* politisch zu propagieren. „*Adenauer*s Augenmerk“ – wie auch *Erhard*s, eine „sozialwirtschaftlich befriedigende Ordnung“ (Erhard 1943/44(1997)) anzustreben – galt „von Anfang an ... der Herstellung einer ‚gerechten sozialen Ordnung‘“ (Buchstab 2006).

In Königswinter legten beide mit unnachgiebiger Entschlossenheit den Grundstein für die Inkulturation einer Wirtschaftsordnung mit konzeptionell *prästabilierter*, d. h. *eingebauter Sozialpflichtigkeit:* einem ordnungspolitischen *Built-in Social Balancing, das zu* einem auf markt*immanentem* Weg sich ständig vollziehenden sozialen Ausgleich (Gemper 2007) „zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung“ (Erhard 1962) ver-

pflichtet. Eine „enge Koordinierung der Sozialpolitik mit der Wirtschaftspolitik und darüber hinaus mit der Gesamtpolitik …und dabei von der ‚klassischen', ‚neutralen' und ‚autonomen' Sozialpolitik abgehoben" (Mühle 1967). Als „sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt" (Erhard 1962), um „der Wohlfahrt der deutschen arbeitenden Menschen zu dienen" (Erhard 1962). Ganz im Sinne *Adenauers,* der 1946, aus dem „Fundamentalsatz der CDU", dem „Kerngedanken der christlichen Ethik" abgeleitet, ausführte: „die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. Aus diesem Satz ergibt sich eine Staats-, Wirtschafts- und Kulturauffassung, die neu ist gegenüber der in Deutschland seit langem üblichen" (Adenauer 1946).

Sein Credo, politisch „bei den zu treffenden Maßnahmen die wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen zu einem gerechten organischen Ausgleich zu bringen" (Adenauer 1949), korrespondierte mit *Erhard*s frühen „Erwägungen sittlicher oder sozialer Art" (Erhard 1943/44 (1997)) „für die deutsche Nachkriegswirtschaft" (Erhard 1943/44 (1997)) als „neu zu organisierende Friedenswirtschaft" (Erhard 1943/44 (1997)) und „zur Gewährleistung einer sozialen Ordnung" (Erhard 1943/44 (1997)).

Nun war es an *Erhard*, gegen den „Zeitgeist" argumentierend, mit *zielstrebiger Leidenschaft* die Bürger für sein qualitativ „neues gesellschaftliches Leitbild" (Erhard 1962: 544) zu überzeugen, das auf „gesellschaftliche Harmonie" in Freiheit setzte (Erhard 1939: 100), sozial gerecht war. Denn „Freiheit und Glück des deutschen Menschen stehen und fallen mit der Freiheit der Marktwirtschaft, und nur in der von Machtpositionen freien Wirtschaft verwirklicht sich die Forderung nach deren sozialer Fundierung und Ausrichtung" (Erhard 1962). Eine schwierige Mission!

Die deutsche Gesellschaft musste – um sie wieder auf den Weg zu einem freiheitlich-demokratischen Rechts- und Sozialstaat und eine „freie, auf echtem Leistungswettbewerb beruhende Marktwirtschaft" (Erhard 1997) zu führen – sich neu formieren. Dazu entwickelte *Erhard* „Gedanken zur politischen Ordnung Deutschlands" - die er als „formierte Gesellschaft" konzipierte (Erhard 1966) „zur Heilung der ‚deformierten Gesellschaft'" (Hellwig 1997) durch „konsequente *Entideologisierung* der pluralistischen Gesellschaft" (Nawroth 1965). Geboten war, rasch auf positive Veränderung zu dringen, den Rhythmus der Geschichte zu erahnen, um zu versuchen, die Volksseele zum Mitschwingen zu bringen und sich konstruktiv in den freiheitlichen Entwicklungsprozess einzuklinken. Das dazu unerlässliche *Resonanzpotential* zu schaf-

fen lag im Erfolg begründet, die darbenden Bundesbürger von den Vorzügen einer freiheitlichen Ordnung zu überzeugen und auf einen neuen Kurs einzuschwören, der ihnen eine *erkennbare* Verbesserung der Lebensbedingungen bringen würde.

2.2.1 Gesetzte institutionelle und ordnungspolitische Rahmenbedingungen

Sicherlich waren *Konrad Adenauer*, *Ludwig Erhard* und *Joseph Kardinal* Frings im Rheinland, über allen US-General *Lucius D. Clay* auf dem Petersberg als Leitfigur der Westalliierten, in der Besatzungszeit in den Westzonen überragende Persönlichkeiten, die an die Spitze politischer Führung getreten waren, Glücksfälle, -.
wie auch *Ernst Reuter*, der am 9. September 1948 in Berlin eindruckvoll für die Freiheit, mithin gegen die Blockade Westberlins durch die Sowjets protestierend, die Westalliierten zur Hilfe und damit zur Errichtung der *Luftbrücke* motiviert hatte.
Als prägend erwies sich die intellektuelle Symbiose zwischen Repräsentanten der Katholischen Kirche und der sich herausbildenden neuen Staatsordnung in den Jahren des Wiederaufbaus Westdeutschlands. Sie lässt sich zurückverfolgen zu den Anfängen, als „sich die CDU als betont *christliche* Partei formierte“ (Allemann 1956), aber doch schließlich als „überkonfessionelle Unionspartei ... die ganze Entwicklung des deutschen Parteiensystems bestimmt“ (Allemann 1956). „Union“ meinte, „alle diejenigen, die auf diesem Boden (christlich-abendländischer Kultur, B.G.) stehen, zu politischer Arbeit“ in ökumenischer Vernunft zusammenzuführen, „gleich-gültig welchem Bekenntnis sie angehören“ (Adenauer 1946): Indizien deuteten darauf hin, dass zu jener Zeit „selbst in protestantischen oder konfessionell gemischten Gebieten die Katholiken meist einen unverhältnismäßig großen Anteil an der Parteimitgliedschaft stellen “ (Allemann 1956). „Jenseits von Aktivitäten der Kirchenführung suchten viele Menschen im Jahre 1945 Halt im Glauben“ (Noethen 1994), gab es besonders im Katholizismus „eine starke spirituelle Bewegung mit ‚radikaler’ Rückbesinnung auf christliche Werte“ (Noethen 1994).

2.2.2 Die konstruktive Rolle der Katholischen Kirche

Die Katholische Kirche*,* glaubwürdige Vertreterin der Christen, verdingte sich als Starthilfe für den westdeutschen Staat, auch im Bewusstsein, ein zweites sozialistisches Experiment zu verhindern, das zu beginnen, sich die sowjetische Besatzungszone anschickte. In der Besorgnis des Ausbreitens des Kommunismus’ war der „An-

tikommunismus ... in der frühen Nachkriegszeit ... kein Topos allein im Katholizismus, sondern zum Beispiel auch in der Sozialdemokratie“ (Noethen 1994). Diese Furcht mündete in die Vorstellung, wie der 1937 in die USA emigrierte Sozialdemokrat Wilhelm Sollmann schrieb, „dass ‚demokratische Regierung auf lange Zeit nur durch die christlich-sozialistische Koalition’ möglich sei“ (Noethen 1994), - sah er doch hierin „ ‚die beiden einzigen Partner, die dem Bolschewismus oder einer anderen Diktatur begegnen können’“ (Noethen 1994).

In den Gründerjahren der Bundesrepublik konnte die Katholische Kirche sich politisch so stark engagieren, weil sie eine starke Gemeinde der Gläubigen im Rücken hatte, - ganz besonders in den Regionen des späteren Freistaates Bayern und der sich formierenden Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, wo mehr als die Hälfte der Bürger der römisch-katholischen Kirche angehörten. Das Wort der Kirchenmänner erreichte aufnahmebereite Ohren. Ja selbst „ein numerisches Gleichgewicht der Konfessionen bedeutet(e) faktisch ein katholisches Übergewicht“, weil „die Mehrheit der protestantischen Deutschen ... nun einmal kirchlichem Denken und kirchlichen Problemen wesentlich gleichgültiger gegenüber (stand) als die der Katholiken“ (Allemann 1956).

2.3 Köln

In einer Grundsatzrede in der Universität Köln gab Adenauer 1946 seiner „tiefen Überzeugung“ Ausdruck, „dass nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung ... wurzelt, die große erzieherische Aufgabe am deutschen Volke erfüllen und seinen Wiederaufstieg herbeiführen kann“ (Adenauer 1946).

Die *Katholische Kirche nutzte ihre Chance*, den Gläubigen in den Jahren unerlässlicher Erneuerung politisch beizustehen. Der Hirtenbrief vom 25. Juli 1949 für den Wahlsonntag am 14. August 1949, von *Joseph Kardinal Frings*, dem Erzbischof von Köln unterzeichnet, dokumentiert diese Orientierungshilfe:

„ ... In der ernsten Situation, in der unser Volk steht, müssen auch wir erklären:

Das Wahlrecht wird zur Wahlpflicht! Der christliche Wähler, der sich jetzt der Stimme enthält, entzieht sich zudem nicht seiner Verantwortung; er unterstützt letzten Endes diejenigen Kräfte, die seine christlichen Grundsätze ablehnen. ...

... „Wir müssen leider feststellen, dass Abgeordnete der sozialistischen und liberalistischen Weltanschauungen für wesentliche christliche Forderungen kein Verständnis

gehabt haben. ... „Jetzt muss *jeder christliche Wähler* in seinem eigenen *Gewissen* die Entscheidung treffen“. ... „Vergesset nicht, dass ihr eure Entscheidung vor Gott, vor euren Kindern und vor der Zukunft unseres Volkes verantworten müsst.“ (Josef Kardinal Frings 1949). Den Ernst der Lage beschwörend, fand dieses *Hirtenwort* am Wahlsonntag durch das *Erzbischöfliche Generalvikariat* eine Ergänzung:

„ ... Wir erinnern alle Gläubigen an die ernsten Worte, die unsere *Hochwürdigsten Herren Bischöfe* vor zwei Wochen an uns gerichtet haben. ... Sie mahnen uns, in unserem eigenen Gewissen die rechte Entscheidung zu treffen. Sie fragen uns: Kann ein gläubiger Christ es mit seinem Gewissen vereinbaren, einem Kandidaten seine Stimme zu geben, der in entscheidenden Bildungs- und Erziehungsfragen die Macht des Staates über die Freiheit des Gewissens stellt? Sie erklären: Die Abgeordneten, denen wir glauben unsere Stimme geben zu dürfen, müssen vor allem die Gewähr bieten, dass sie das *Naturgesetz* als Grundlage für das staatliche Gemeinschaftsleben anerkennen und mit allem Nachdruck dem natürlichen Recht wie den christlichen Grundsätzen im gesamten Leben unseres Volkes Geltung verschaffen wollen. ...

Es geht um das Wohl unsres Volkes. Wir wollen am Wahltag unsere Pflicht so erfüllen, dass wir vor dem Urteil des eigenen Gewissens, vor dem Urteil der Nachwelt, besonders aber im unbestechlichen Gerichte Gottes bestehen zu können.“ (Erzbischöfliches Generalvikariat 1949) Erinnerung als Auftrag: „Jeder Mensch kennt Orte, zu denen es ihn immer wieder hinzieht, weil er sich dort zu Hause fühlt. Das kann der Heimatort oder ein Wallfahrtsort sein, jedenfalls eine Stätte im Leben des Menschen, die er zu seiner Identität braucht“ (Joseph Kardinal Meisner 2001). So eine Stätte, die „seit 1945 im Aktionsbereich der ‚Walberberger Bewegung‘“ (Nawroth 1976) geistige, insbesondere auch sozialethische und ordnungspolitische Orientierung bot, war nach dem Zweiten Weltkrieg das

2.4 Dominikanerkloster Walberberg

Auch das Wirken der Dominikaner in ihrem Studienhaus St. Albert zu *Walberberg* südlich von Köln vermittelte nachhaltig wirkende Denkanstöße für eine „ ‚christliche Gesamtlebensordnung‘ “ (Welty 1945) als „kerngesunde Staats- und Gemeinschaftsordnung“ “ (Welty 1945), „zur Neuordnung im deutschen Lebensraum“ und für den „Neuaufbau der Staatsgemeinschaft“ auf der Grundlage „der christlichen Gesellschaftsethik“ (Welty 1945).

„(M)it der Tagung der Programmkommission der späteren CDU begründete Walberberg mit dem Wirken von *Pater Eberhard Welty OP* seinen Ruf als ‚*Kloster der offenen Tür*', als Ort für öffentliche Tagungen und geheime Gespräche verschiedener Art" (Noethen 1994: 63), - ließ - in der Formulierung von Pater *Laurentius M. Siemer OP,* auch Walberberg - , „den Konvent zum geistigen Mittelpunkt Westdeutschlands und für eine gewisse Zeit sogar zu einem politischen Mittelpunkt der Rheinlande" (Siemer , zitiert nach Noethen 1994) werden. Hier wurden „schon 1945 die Grundsätze der künftigen CDU diskutiert, ... auch die ersten Vorbereitungen für das Ahlener Programm und für den Bochumer Katholikentag begonnen, auf welchem Kardinal Frings im Namen der Kirche die Mitbestimmung forderte" (Jäger 1978).

„Eine ‚menschliche' Wirtschaft", die dem Ideal *Nawroth*s vorschwebt: die „eine produktive und zugleich sozialgerechte Wirtschaft und als solche die umfassendste Kulturleistung eines Volkes" ist (Nawroth 1989). Zugleich wurde damit die Vertrauensbasis für eine *wehrhafte* „europäische Integration" (Adenauer 1949) gelegt, d. h. „den Frieden zu sichern, um Europa wieder zu einem Faktor in Politik und Wirtschaft zu machen" (Adenauer 1953). *Adenauer* erkannte, welche „Bedeutung ... das Wirken der christlichen Kirchen und aller Religionsgesellschaften für das deutsche Volk hat" und es „die Pflicht des Staates ist, sie zu schützen" (Adenauer 1946).

2.5 Die Christlich – Demokratische – Union (CDU) des Rheinlands

Wenngleich „die CDU der britischen Zone", die bis Dezember 1945 CDP hieß, sich im *Ahlener Programm* (AP) „für die Sozialisierung von Betrieben mit Monopolstellung sowie für die Vergesellschaftung der Bergwerke" aussprach (Hüttenberger 1998), steuerte *Adenauer* einen anderen Kurs. Ruderte er nicht nur in seiner Partei gegen eine starke sozialistische Strömung. Zu den Verstaatlichungsambitionen, wie im *AP* gehegt, kam der ordnungspolitische Widerstand der *Linken* - prononciert durch *Erik Nölting* von den Sozialdemokraten und *Viktor Agartz* von den Gewerkschaften – hinzu: „Eine Mehrheit für die Idee der Sozialen Marktwirtschaft hat es, als er (Erhard) sein Werk umzusetzen begann, in der deutschen Bevölkerung nicht gegeben – nicht einmal in seiner eigenen Partei (B. Vogel 2007).

Franz Etzel, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CDU Nordrhein, Vorsitzender des Wirtschafts-politischen Ausschusses des Zonenausschusses für die britische Zone, späterer Bundesminister der Finanzen (1957-1961), bekannte freimütig:

„Wir haben, wenn ich es glatt heraussagen darf, ja gar keine Wirtschaftspolitik der CDU, sondern die Wirtschaftspolitik von Prof. Erhard gemacht, und von der CDU her haben wir sie sanktioniert.“ (Koerfer 1987). Das verdeutlicht, weshalb *Adenauer* „alle Register“ zog „und ... seinen ganzen Einfallsreichtum darauf (verwendete), *Erhard* zu sich herüberzuziehen“, (Koerfer 1987). Doch *Erhard* war gleichermaßen daran interessiert, „Gegnern und Kritikern seiner Wirtschaftspolitik in den Reihen der CDU zu antworten, ... überhaupt größere Kreise der Christlichen Demokraten mit seinen Gedanken vertraut zu machen“ (Koerfer 1987).

3 Die Persönlichkeiten

3.1 Konrad Adenauer

Adenauer hatte ein ordnungspolitisches Gespür für das Notwendige: Dank seines Weitblicks besaß die CDU „1945/46 das mit Abstand ‚fortschrittlichste’ Programm: mit ihrer Forderung nach einer Einigung Europas, nach Preisgabe nationaler Souveränität, mit ihrer Betonung der Menschenwürde, der christlichen Einigungsparole und der sozialen *Bindung des Eigentums.“* (Morsey 1972). Bereits auf der „Rhöndorfer Konferenz“ hatte *Adenauer* vor führenden Unionspolitikern mit Blick auf die Bildung der ersten Bundesregierung erklärt, „dass die Wahlen nicht nur ein eindrucksvolles Bekenntnis zu den Grundideen der christlich-demokratische Gesellschafts-
Auffassung, sondern auch eine eindeutige Bejahung der sozialen Marktwirtschaft im Gegensatz zur sozialistischen Planwirtschaft erbracht haben“ (Adenauer 1949). Und in seiner ersten Regierungserklärung mahnte er am 20. September 1949, sich „bei der Durchführung des Prinzips der sozialen Marktwirtschaft ... davor (zu) hüten ... , einem starren Doktrinarismus zu verfallen“ (Adenauer 1949), sondern „durch Mittel des Wettbewerbs und durch die immer stärkere Einordnung der deutschen Wirtschaft in die *Weltwirtschaft* systematisch die durch ... Zwangswirtschaft und Kriegswirtschaft entstandenen Strukturfehler der deutschen Wirtschaft (zu) beseitigen“ (Adenauer 1949). Seine These, „die beste Sozialpolitik (ist) eine gesunde Wirtschaftspolitik“ (Adenauer 1949), bezeugt seine ordnungspolitische Nähe zu *Erhard*, der auch das soziale Anliegen der rheinischen CDU begriffen und mit Blick auf die Grundstoffindustrie u. a. im Jahre 1951 „das Fehlen klarer Eigentumsbegriffe, klarer Zuständigkeiten und Verantwortungen“ (Erhard 1972), beklagte, als er „die Frage der Einkommensbildung als wirtschaftspolitisches Problem“ (Erhard 1972) stellend, sagte: „Wenn ich schon ... Eigentumskonzentration, Konzentration der Produktionsmittel ... nicht unter-

binden kann, will ich wenigstens eine Dekonzentration der Eigentumstitel an diesem Produktivkapital schaffen“ (Erhard 1972). *Erhard* wollte, „ganz bewusst der Vermögensbildung in den Mittelschichten dienen“ (Erhard 1972). Seine „soziale Gesinnung“ und Nähe zum linken Flügel der CDU war in der ihm geistig anverwandten Sichtweise seines Doktorvaters *Franz Oppenheimer* angelegt, einem liberal-sozialistisch denkenden Gelehrten: *Erhard* zählte *Oppenheimer,* einen promovierten Arzt und Philosophen, als Soziologen und Sozialökonomen neben dem „Liberalen Wilhelm Rieger“ zu den bedeutenden Hochschullehrern, „die mein Denken und damit mein Leben wesentlich prägten“ (Erhard 1997). Wie bei *Erhard* sollten nach *Adenauer*s Wunsch, „Kosten- und Preissenkungen auch in vollem Umfang dem Verbraucher zugute kommen“, worin sich „der soziale Charakter der Marktwirtschaft“ erweise (Adenauer 1953).

Auch dachte *Adenauer* höchst weitsichtig: Bereits 1953 (!) hatte er „die wachsende – andauernd steigende – Überalterung des deutschen Volkes“ gesehen, „weil die Langlebigkeit wächst und die Geburtenzahl abnimmt“ (Adenauer 1953). Adenauer hat in politischer Symbiose mit *Erhard* entschlossen einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat errichtet, der auf den Fundamenten einer *sozial ausbalancierten* Wirtschaftsordnung nicht nur Westdeutschland durch einen „gerechten organischen Ausgleich“ (Adenauer 1949) inneren Frieden beschert hat.

3.2 Konrad Adenauer / Ludwig Erhard in Königswinter

Adenauer, „seit 1946 mächtigster Mann“ in der **C**hristlich **D**emokratischen **U**nion (Noethen 1994), hat - neben den im *Parlamentarischen Rat* laufenden Beratungen - auf der Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone in Königswinter am 24. und 25 Februar 1949 erfolgreich um *Erhard* geworben. Ohne *Adenauers* Personalentscheidung, *Erhard* für sich zu gewinnen, hätte keine *Bonner* Republik entstehen können: Denn ohne *Erhard* als *Wahllokomotive* hätte die CDU 1949 weder mit *Adenauer* allein die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag gewinnen, noch *Adenauer* zum Bundeskanzler gewählt und damit auch *Bonn* nicht Bundeshauptstadt werden können. Dann hätte es auch keine „Politik der Sozialen Marktwirtschaft“ (Erhard 1962) gegeben. Mit anderen Worten: ohne *Erhard*s „Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft“ (Adenauer 1949, Erhard 1962) hätten die optimistischen Befürworter seiner konzeptionell vorausbedachten sozial verpflichteten Wirtschaftspolitik nicht *die Vielen* von den Vorzügen der Marktwirtschaft überzeugen können, die sich nach ver-

lorenem Krieg und den Zerstörungen, nach bedingungsloser Kapitulation, der Gewöhnung an Mangelwirtschaft und totale NS-Diktatur, eine freiheitliche Ordnung überhaupt nicht vorstellen konnten.

Fand *Adenauer* seine politische Stärke im rheinischen Katholizismus, schöpfte er sein Vertrauen in *Erhard* aus dessen mutigem Beginn seiner Politik Sozialer Marktwirtschaft mit der Währungsreform. Beide wurden einander sich *alternativlos ergänzende Partner* (Gemper 2007.), deren Leistungen in den Jahren 1953 und 1957 nicht nur zu glänzenden Wahlergebnissen, - im Jahre 1957 zusammen mit der CSU sogar zur absoluten Mehrheit(!) - führte, sondern die Gesellschaft Westdeutschlands der 50er und 60er Jahre auch nachhaltig prägte: „Die starke Persönlichkeit Adenauers ... nicht nur als Staatsmann, sondern auch als Parteichef...“ auf der Woge, die „ der schnelle, ja stürmische ökonomische Wiederaufstieg der Bundesrepublik, für den die Wirtschaftspolitik Professor Erhards verantwortlich gemacht wurde, wirkte ... als starker ‚integrierender' Faktor“ (Allemann 1956).

Adenauer wie *Erhard* hatten auch erkannt, dass, nur derjenige aus einer Niederlage, die Deutschland erlittenen hatte, gelernt haben konnte, der eingesehen hatte, dass die latente Gefahr, erneut in ein gesellschaftliches Fiasko gestürzt zu werden, nur durch eine *freiheitliche Gesellschaftsordnung* abwendet werden konnte. Und, „Die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung bedarf … der Ordnung (Erhard 1962), aber einer Ordnung, in der „weder der Staat, noch die Wirtschaft, noch die Kultur Selbstzweck“ ist: selbige mithin „eine dienende Funktion gegenüber der Person“ haben (Adenauer 1946), und „die durch freiwillige Einordnung, durch Verantwortungsbewusstsein in einer sinnvoll organisierten Weise zum Ganzen strebt“ (Erhard 1948).

3.3 Ludwig Erhard – US-General Lucius D. Clay

Wie *Erhard* General *Lucius D. Clay*, den Chef der amerikanischen Militärregierung, der *Erhard* „anfänglich vorwirft, alliierte Bewirtschaftungsmaßnahmen ohne Erlaubnis des *Bipartite Control Board* abgeändert zu haben“, von der Richtigkeit seiner Entscheidungen sogar überzeugt, beschreibt *Ekkehard Birnstiel:*

Denn, „Mit Erhards Wagnis wurde Wirtschafts- und Sozialpolitik wieder eine Sache der Deutschen selbst und war endlich der Inkonsequenz und Gängelei alliierter Besatzungspolitik erfolgreich, entschlüpft'“ (Birnstiel 1998). Übrigens: „General Clay hat

es sich in späteren Äußerungen stets als staatsmännisches Verdienst angerechnet, die Tat Erhards ohne Einspruch einfach ‚laufen zu lassen'" (Birnstiel).

3.4 Joseph Kardinal Frings

Als habilitierter Theologe konnte *Höffner* sich bei seinem Wirken auf eine sehr gediegene Bildung stützen: er hatte neben zwei *theologischen* Doktoraten noch ein *philosophisches* und ein *staatswissenschaftliches* erworben. Letzteres bei *Walter Eucken* an der Universität Freiburg i. Br. Profunde Sachlichkeit und liebenswürdige Ehrlichkeit zeichnen die Erinnerung an Wirken und Werk *Kardinal Höffner*s aus. Seine Beiträge lassen - im Lichte der katholischen Soziallehre - einen *ordnungspolitischen Duktus* und ein Denken erkennen, das *katholisch* im weiteren Sinne: weltumspannend, also ganzheitlich war. Das erklärt *Joseph Höffner*s Nähe zum „Denken in Ordnungen" (Eucken 1968) *Euckens*, dem Spiritus Rector der *Freiburger Schule* des „Ordo-Liberalismus". Hierin dürfte die sehr kritische Distanz *Kardinal Höffner*s gegenüber dem Sowjetkommunismus wurzeln, auch seine realistische Befürchtung dessen weiteren Ausbreitens nach Westen. Hatte er doch zwei Weltkriege mit den folgenschweren Umbrüchen erlebt: der „Kalte Krieg" war in vollem Gange. Ein aufrechter *Kardinal*, der es als „erlaubt und durchaus berechtigt" hielt, „von einem Einwirken des priesterlichen Dienstes auf die irdischen Ordnungen zu sprechen, wenn nur die eschatologische Sicht gewahrt bleibt und die Mahnung des Neuen Testaments beachtet wird: ‚Werdet nicht zu Konformisten mit der Weltzeit, sondern wandelt euch durch die Erneuerung eures Geistes, indem ihr prüft, was der Wille Gottes ist: das Gute, das Wohlgefällige und das Vollkommene' (Röm. 12, 2)" (Joseph Kardinal Höffner 1979). Gedanken in der unmittelbaren geistigen Folge seines Vorgängers: schon *Joseph Kardinal Frings* hatte in dem Hirtenwort am 14. August 1949 gemahnt: „Der christliche Wähler hat aber auch die Pflicht, vor seinem Gewissen zu prüfen, welchem Kandidaten er seine Stimme geben kann" (A.a.O). Und es wird „der Hoffnung Ausdruck (gegeben, dass christlich gesinnte B.G.) Abgeordnete ... sich ... ihrer großen Verantwortung bewusst sein werden, ... im kommenden Bundestag vertrauensvoll zusammen(zu)arbeiten und dem gemeinsamen Ziel in gemeinsamer Arbeit dienen: nämlich mitzuschaffen an einer neuen Ordnung, die aus christlichem Geist geboren ist, die das, was unsere abendländische Kultur an überzeitlichen Werten enthält, hinüberretten kann in die neue Zeit zum Segen unseres Volkes und für den Frieden unter allen Völkern der Erde." (A.a.O.).

Diese *firme geistliche Perspektive* im Ordensgefüge der katholischen Kirche verhalf *Konrad Adenauer* zur Wahl zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland im ersten Deutschen Bundestag, die ihm mit gerade einer Stimme Mehrheit einen neuen Weg in die Politik eröffnete.

4 Ertrag

Rückblickend erwiesen sich *CDU* und *Katholische Kirche des Rheinlandes* als Norm bildende Kräfte: „Wir müssen die religiösen und geistigen Kräfte der abendländischen Welt mobilisieren. Denn nur, wenn wir stark sind im Geist, werden wir unsere Lebensform behaupten.“ (Adenauer 1955). Sollte nicht dieses Gebot *Adenauer*s uns auch heute zu denken geben?

Somit schließt sich der Kreis zu *Ludwig Erhard*:

Selbst in seinen Augen war das gelungene Werk des Wiederaufbaues Westdeutschlands nach seinem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft intellektuell ein „großer Wurf“, beschrieb *Erhard doch* sein Handeln rückblickend an seinem 80. Geburtstag mit den Worten:

„Denke ich daran zurück, so komme ich mir noch heute wie der Reiter über den Bodensee vor“ (Birnstiel 1998).

Diese Leistungen von *Adenauer*, *Erhard* und *Frings sowie von Welty* und *Nawroth* und deren Mitstreitern.

im *Ordensgefüge* der Rheinischen Kirche und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland waren g*eschichtsprägend* und bleiben - aus selbst- und miterlebtem Rückblick gewürdigt - vorbildlich. Denn sie haben in Westdeutschland eine „Gesellschaft des dynamischen Ausgleichs“ (Erhard 1965 (1966a)) formiert und damit Maßstäbe für eine völlig neue Ordnung gesetzt, die von Zeitgeschichtlern hochachtungsvoll *Bonner Republik* und ordnungspolitisch als „Rheinischer Kapitalismus“ (Castelluci 2001) bezeichnet wird.

Gemessen am Wirken der rheinischen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft erscheint die Wirtschafts- und Sozialordnung Deutschlands zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus den Fugen und die Politik aus dem Tritt geraten zu sein, wovon allein die gravierende Verschlechterung des sozialen Klimas und die überkritische Unterdeckung des Anforderungsprofils geistig-konzeptionellen Denkens zeugen. Eine Rückkehr zum „*Denken in Ordnungen“* (Eucken 1968) sowie der Revitalisierung der Fähigkeit zur *Reduktion des Komplexen* in das Verständliche tut Not, das heißt, wie-

der mit „gesundem Menschenverstand“ (Erhard 1962) „für das Ganze Verantwortung“ zu tragen (Erhard 1962): so, wie es *die rheinischen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft* überaus erfolgreich *v*orlebten. Denn, da sich die Deutschen wieder als eine „durcheinander geschobene“ und geistig „heimatlose“ „atomisierte Masse, als die sich unser Volk darstellt“ präsentieren, „muss jedes Einzelwesen (wieder, B.G.) angesprochen und zu Selbstbewusstsein und Verantwortungsgefühl geführt werden“ (Adenauer 1946)!

„Lassen Sie mich - *mit Erhards Worten* - zusammenfassend sagen, dass wir uns in unserer Politik bewusst bleiben wollen, woher wir kommen und dass unser Tun im letzten in christlicher Gesinnung und Gesittung wurzelt: Mögen die anderen Programme verkünden, wir wollen durch Taten zeugen.“ (Erhard 1962). Die in der Präambel unseres Grundgesetzes verankerte *Nominatio Dei* steht für diesen *christlichen Humanismus*.

Es sollte nicht vergessen werden, diese einzigartige *Konstellation von Person und Konzeption* als *Glückfall* zu betrachten, da diese Persönlichkeiten in einer für eine politische Neuorientierung offenen Zeit nicht nur über ein vorausbedachtes, in sich konsistentes Konzept eines *markt-immanenten sozialen Ausgleich*s verfügten, sondern sie zur rechten Zeit und sogar in dem dafür geeigneten Augenblick den Mut fanden, die ihnen gebotene Chance nicht nur zu erkennen, sondern diese auch entschlossen gemeinsam zu nutzen, indem sie mit *Zielstrebigkeit, Überzeugungskraft* und *unbeugsamem Durchhaltevermögen* sowohl die westlichen Besatzungsmächte als auch die große Mehrheit der Bürger Westdeutschlands von diesem neuen Weg in eine *freiheitliche* Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu überzeugen wussten. Auch mit der festen Absicht, die unerlässliche *Westbindung* zugleich als *Wertebindung* zu begreifen.

---

[1] Diese Ausführungen korrespondieren teilweise mit denen meines Beitrages „Die rheinischen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft“, erschienen im Dezember-Heft 2007, DIE NEUE ORDNUNG, 61. Jg., S. 407 - 421.

Ordnungspolitische Diskurse
Discourses in Social Market Economy

2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen
für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie

2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
2008 – 2 Gemper, Bodo - Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch

Herausgeber:

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de